



## Medienmitteilung

Zürich, 2. September 2021

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **GPK: Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle soll genehmigt werden**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Tätigkeitsbericht der kantonalen Ombudsstelle ([KR-Nr. 243/2021](#)) für das Jahr 2020 zu genehmigen. Die GPK übt für den Kantonsrat die parlamentarische Kontrolle über den Ombudsmann aus. Im Kantonsrat wird der Tätigkeitsbericht voraussichtlich am 20. September 2021 behandelt.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

#### **GPK: Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten soll genehmigt werden**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Tätigkeitsbericht der kantonalen Datenschutzbeauftragten ([KR-Nr. 297/2021](#)) für das Jahr 2020 zu genehmigen. Die GPK übt für den Kantonsrat die parlamentarische Kontrolle über die Datenschutzbeauftragte aus. Im Kantonsrat wird der Tätigkeitsbericht voraussichtlich am 20. September 2021 behandelt.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

#### **GPK: Fristerstreckung soll genehmigt werden**

Die GPK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu einer vom früheren GLP-Kantonsrat Daniel Häuptli eingereichten Motion betreffend die Einführung einer Gebühr für die Inanspruchnahme von Notfallstationen zu genehmigen ([5725](#)).

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

#### **KJS: Zuständigkeit für den Betrieb der Polizeigefängnisse**

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, der vom Regierungsrat beantragten Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) betreffend Zuständigkeit für den Betrieb der Polizeigefängnisse zuzustimmen ([5710](#)). Die Polizeigefängnisse werden durch die Kantonspolizei betrieben. Künftig soll der Regierungsrat den Betrieb im Einzelfall auf eine andere Verwaltungseinheit übertragen



können. Konkret ermöglicht die Gesetzesänderung die Zusammenführung des Polizeigefängnisses (Kaserne) mit dem Bezirksgefängnis im neuen Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ). Das neue «Gefängnis Zürich West» (GZW) soll unter einheitlicher Leitung geführt und durch die Direktion für Justiz und Inneres (JI) beziehungsweise durch das Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe) betrieben werden.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

*Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*